

Polen: Eine Fernsehdebatte und ihr Hintergrund

Nach einer mehrere Tage währenden Abwägung der politischen Folgen der Fernsehdebatte zwischen *Lech Wałęsa* und dem Vorsitzenden des offiziellen polnischen Gewerkschaftsbundes OPZZ, *Alfred Miodowicz*, konnte der Sprecher des Zentralkomitees der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei nicht umhin, den Arbeiterführer und „Solidarność“-Vorsitzenden im Zentralorgan der Partei „Trybuna Ludu“ als „würdigen Vertreter der nationalen Verständigung“ zu loben; nachdem er Miodowicz ebenso gewürdigt hatte – versteht sich.

Wałęsa war der Überzeugendere

Der vierzigminütigen Fernsehdiskussion am 30. November 1988 war ein zweiwöchiges politisches Pokerspiel zwischen „Solidarność“-Vertretern, den offiziellen Gewerkschaften und den Behörden um das Wo und Wie vorausgegangen. Miodowicz hatte Wałęsa am 15. November eine Fernsehdebatte vorgeschlagen, manche behaupten, um seine umstrittene Position als Gewerkschaftsvorsitzender auf dem Ende November abgehaltenen III. Gewerkschaftskongreß zu sichern und eine Abwahl des durch gleichzeitige Mitgliedschaft im Politbüro in seiner Loyalität gespaltenen Gegenspielers von Wałęsa politisch zu verunmöglichen.

Wałęsa und seine Berater nahmen das Angebot direkt auf. Wałęsa: „Darauf haben wir sieben Jahre lang gewartet.“ Die Opposition witterte aber nach Jahrzehnten Erfahrung mit staatsmonopolistischer Medienpolitik und deren Manipulationsmöglichkeiten Fußangeln überall. Sie fürchtete, hereingelegt zu werden, und wollte dem mit eigenen Vorschlägen vorbeugen, wie: Diskussion in der Lenin-Werft mit einer tausendfachen Arbeiteröffentlich-

keit als „Heimspiel“ für Wałęsa oder, wenn das schon nicht möglich sei, Kontrolle der Fernsehübertragung durch ein Filmteam des weltbekannten Regisseurs und „Solidarność“-Anhängers *Andrzej Wajda*. Beides wurde abgelehnt. Trotzdem stimmte Wałęsa der Fernsehdiskussion zu. Das Risiko sollte sich gelohnt haben.

Aus der Debatte, die zu bester polnischer Tagesschau-Zeit um 20 Uhr begann und die sich als Straßenfeger erwies, kam der Vorsitzende der offiziell nicht existierenden Gewerkschaft und Aktivist einer illegalen Organisation, auch für viele seiner Freunde und Anhänger unerwartet, als der Überzeugendere heraus. Er warb für *Gewerkschaftspluralismus* und *politische Demokratie* in Polen und stellte den Fernsehzuschauern sehr überzeugend und politisch geschickt, aber dem Gang der wirklichen Entwicklung etwas vorgreifend, die Gorbatschowsche Perestroika und den neuen ungarischen Pluralismus als *Vorbild für Polen* hin. Dagegen argumentierte der nicht unsympathisch wirkende Miodowicz vorwiegend defensiv und beschwor mehrfach die Gefahr der Anarchie, die von einem Gewerkschaftspluralismus unter den gegenwärtigen Bedingungen in Polen ausgehe. Wałęsa und seine Anhänger sollten doch innerhalb der bestehenden Gewerkschaften um Mehrheiten kämpfen. Von dem während der Diskussion immer selbstsicherer werdenden Wałęsa in die Ecke gedrängt, fand Miodowicz nicht mehr die Schlagfertigkeit, mit den Veränderungen in der Sowjetunion und in Ungarn gegen die „Solidarność“ und für die Reformvorhaben der Regierung Rakowski zu argumentieren. Partei und Regierung werden mit Miodowicz nicht so zufrieden gewesen sein wie die Anhänger Wałęsas mit ihrem Matador.

Aber wer der Hausherr ist und wer der

Gast in Polens öffentlichen Institutionen, konnte Miodowicz am Ende der Fernsehdebatte vor Millionen polnischen Fernsehzuschauern mit Selbstverständlichkeit demonstrieren: Er übernahm selbst die Rolle des Moderators, beendete die Diskussion und dankte Herrn Wałęsa für das Gespräch.

Vom „Antikrisenpakt“ ist nicht mehr die Rede

Wałęsa und Millionen Polen fragten sich nach dem Medienereignis: Was bleibt nach der Show? Was hat der Arbeiterführer davon, von Polens Regierenden als „würdiger Vertreter der nationalen Verständigung“ ausgelobt zu werden? Was bringt es dem politischen Demokratisierungsprozeß? „Solidarność“ ist verboten, und es hat nicht den Anschein, als ob die Regierung Rakowski bereit wäre, derzeit über eine Wiedezulassung der Gewerkschaft „Solidarność“ mit geändertem Statut und einer neuen gewerkschaftlichen Selbstbeschränkung, die die Erfahrungen der vergangenen acht Jahre mit sich selbst und mit den Regierenden reflektiert, auch nur zu diskutieren.

Das Angebot von Innenminister *Kiszczak*, noch unter der Regierung Messner gemacht, auch über einen Gewerkschaftspluralismus zu sprechen, stand am Anfang der Gespräche Wałęsas und seiner Berater mit der Regierungsseite über eine neue Dialogphase in der polnischen Innenpolitik, die in einem erweiterten Rahmen an dem mittlerweile schon legendären „runden Tisch“ (Durchmesser: 8,80 m) fortgeführt werden und in einer neuen nationalen Verständigung, einem „Antikrisenpakt“, münden sollte. Davon ist drei Monate nach dem ersten Treffen zwischen Kiszczak und Wałęsa kaum mehr die Rede. Im Parteiapparat und in den offiziellen Gewerkschaften regte sich erbitterter Widerstand gegen Kiszczaks Dialogangebot an einen politischen Gegner, gegen den die Staatsmacht schließlich vor sieben Jahren das Kriegsrecht eingesetzt hatte und der die Partei beispiellos gedemütigt hatte – ein Schlag,

von dem sich die PVAP ideologisch und politisch noch nicht erholt hat und sich wahrscheinlich nicht mehr erholen wird.

Der Innenminister hatte sich anscheinend verkalkuliert. Der neue Ministerpräsident *Rakowski*, ein alter Intimfeind der „Solidarność“ und ihres Vorsitzenden, hat mit Wałęsa offensichtlich nicht viel im Sinn. Statt Dialog mit der „Solidarność“ propagiert *Rakowski* eine radikale Wirtschaftsreform, eine wirtschaftliche Konsolidierung über die Rückkehr zur Marktwirtschaft. Demokratie ohne die Grundlage eines wirtschaftlichen Wohlstandes sei nur ein leeres Wort, meinte der Premier in einem Interview für die italienische Tageszeitung „La Repubblica“.

Das „koreanische Modell“ als Vorbild für die Lösung der polnischen Krise geistert seit einigen Monaten durch die polnische Presse, will heißen: autoritärer Regierungsstil plus Marktwirtschaft. Bisweilen fehlt auch nicht der pikante Hinweis auf das Chile des Generals Pinochet und auf Südafrika. Soweit reicht der Abbau des ideologischen Ballasts, wenn bei Polens Regierenden Realpolitik angesagt ist.

Geht es ohne einen politischen Minimalkonsens?

Da bereitet es denn auch keine weltanschaulichen Kopfschmerzen mehr, wenn die Warschauer Führung anlässlich des 70. Jahrestages der Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates am 11. November einen *Pilsudski-Kult* an den Tag legte, der in der Vergangenheit der antikommunistischen Opposition vorbehalten war. Der Staatsgründer, der von vielen Polen nicht zuletzt deshalb hoch verehrt wird, weil er Polen im August 1920 durch das sog. „Wunder an der Weichsel“ vor der Roten Armee und der Sowjetisierung rettete, wurde von der Regierung mit einer Briefmarke und einer Gedenkmünze geehrt. Das stellvertretende Staatsoberhaupt *Barcikowski* legte am Sarkophag von Marschall Pilsudski in der Krypta des

Krakauer Wawel-Doms einen Kranz nieder. In Krakau wurden eine Straße und in Warschau ein Park nach Pilsudski benannt. Rektor *Bialkowski* fordert die Wiedereinführung der offiziell nie abgeschafften Bezeichnung „Józef-Pilsudski-Universität“ für die Warschauer Alma Mater.

Ob die Kanalisierung nationaler, ja antikommunistischer Gefühle der Be-

völkerung, der gemäßigt autoritäre Führungsstil der Regierung und eine marktorientierte Wirtschaftspolitik nach dem Prinzip des „Enrichiszewus“ ohne Verständigung über einen politischen Minimalkonsens mit dem „würdigen Vertreter der nationalen Verständigung“ Wałęsa möglich ist, bleibt abzuwarten. Denn: Polen ist nicht Korea, Polen bleibt Polen. D. B.

Präparat RU 486: Von der chirurgischen zur medizinischen Abtreibung?

Die Entwicklung und amtliche Zulassung eines neuartigen Medikaments zur Herbeiführung von Schwangerschaftsabbrüchen beginnt die Abtreibungsdiskussion zu verändern. Schauplatz dieser Diskussion ist gegenwärtig Frankreich, wo im letzten Herbst eine breite Kontroverse zwischen staatlichen Stellen, Industrie und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen um die Markteinführung des neuen Präparates RU 486 (vollständige Bezeichnung: Mifepristone) durch den Pharmakonzern *Roussel-Uclaf* stattfand. Kaum etwas könnte die Kalamitäten mit diesem vorläufig „modernsten“ Mittel für den Schwangerschaftsabbruch eindrücklicher unter Beweis stellen als der wechselvolle Verlauf, den diese Kontroverse bisher nahm.

Kein Mittel zur Empfängnisverhütung

Bei dem Präparat handelt es sich um ein antihormonal wirkendes Mittel, das bei der Suche nach hormonellen Antikrebsmitteln Anfang der achtziger Jahre durch den französischen Endokrinologen *Etienne-Emile Baulieu* und ein Forscherteam des Pharmakonzerns *Roussel-Uclaf* gefunden wurde. Mifepristone weist eine starke Antiprogestosteroneigenschaft auf. Das Schwangerschaftshormon Progesteron bereitet den Uterus der Frau auf die Einnistung des Embryos vor und

ist für die Aufrechterhaltung der Schwangerschaft erforderlich. In der Mehrheit der Fälle würde dieses Mittel für einen Abbruch der Schwangerschaft ausreichen. Zur Anwendung kommt es jedoch nur in Verbindung mit einem Prostaglandinpräparat, das Wehen auslöst und so mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit den Abbruch der Schwangerschaft herbeiführt. In wenigen Fällen, in denen dies dennoch nicht gelingt, wird der Abbruch auf dem üblichen operativ-mechanischen Wege vorgenommen, da sonst die Gefahr von Mißbildungen besteht.

Als erstes westliches Land (nach der Volksrepublik China) erteilte Frankreich bzw. dessen Gesundheitsminister *Claude Evin Roussel-Uclaf* am 23. September 1988 die Genehmigung zur kommerziellen Nutzung des Präparates. Diese amtliche Zulassung schließt jedoch vergleichsweise restriktive Bedingungen für die Anwendung ein: Das Mittel darf nur bis zum Ende der fünften Schwangerschaftswoche benutzt werden (einschließlich einer gesetzlich vorgeschriebenen Bedenkzeit) und nur in eigens dazu beauftragten medizinischen Zentren, somit also nur unter direkter ärztlicher Aufsicht. Die Befürworter von RU 486 versprechen sich von dem Mittel eine erhebliche *Verringerung der Zahl operativer Eingriffe* zum Zwecke des Schwangerschaftsabbruchs. Für vorteilhaft hält man dies vor allem auch für Gebiete mit einer